

Informationen zur Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Gewährung von Leistungen nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XII).

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlicher: Landratsamt Ansbach

Bei Fragen wenden Sie sich an:

Sachgebiet 51 – Sozialhilfeverwaltung, Crailsheimstraße 1, 91522 Ansbach,

Telefon: 0981/468-5100

E-Mail: sozialhilfe@landratsamt-ansbach.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

a.s.k. Datenschutz e.K., Inhaber Herr Sascha Kuhrau, Schulstraße 16a, 91245 Simmelsdorf

Telefon: 09155/2639970

E-Mail: info@ask-datenschutz.de

4. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

4a) Zweck der Verarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden verarbeitet soweit dies zur Verwaltung und Gewährung von Leistungen nach dem SGB XII (z.B. Grundsicherung für volljährige behinderte Menschen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Hilfe zum Lebensunterhalt) erforderlich ist.

4b) Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c DSGVO in Verbindung mit dem SGB XII sowie den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften verarbeitet.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Zur Erfüllung der Aufgaben übermitteln wir erforderliche Daten an weitere Behörden, Gerichte oder Stellen wie z.B. Sozialleistungs- und Sozialversicherungsträger (z.B. Familienkasse, Krankenversicherung, Jobcenter, Wohngeldstelle, Agentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung), Bezirksregierungen, Landesämter (z.B. für Finanzen, Versorgung), Unterhaltspflichtige nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und Verpflichtungsgeber nach § 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG), Gesundheitsamt, Amt für Jugend und Familie, Bauamt, Kreiskasse, Kfz-Zulassungsstelle, Leistungserbringer (z.B. Pflegedienste, Strom- und Gasversorgungsunternehmen), Arbeitgeber, Vermieter, Banken, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesverwaltungsamt zur Pflege des Ausländerzentralregisters sowie Auftragsverarbeiter zur Verwaltung und Abwicklung der Leistungsgewährung. Im Falle von Ordnungswidrigkeitenverfahren, Strafverfahren aber auch Klageverfahren werden Ihre Daten an diese dafür zuständigen Stellen übermittelt. Darüber hinaus erfolgt eine Verarbeitung durch sorgfältig ausgewählte und vertraglich gebundene Auftragsverarbeiter, die ein angemessenes Datenschutzniveau gemäß Art. 28 DSGVO gewährleisten. Eine Weitergabe erfolgt stets nur im erforderlichen Umfang und ausschließlich, wenn sie zur Erfüllung der jeweiligen Aufgabe notwendig ist.

6. Übermittlungen von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation

Eine Übermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation ist derzeit nicht vorgesehen.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Daten werden beim Landratsamt Ansbach so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung der Aufgaben, unter Beachtung der Aufbewahrungsfristen, erforderlich ist.

8. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Sie können **Auskunft** verlangen, ob und ggf. welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten und erhalten weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Art. 15 DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann.
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf **Berichtigung** zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten oder die **Einschränkung Ihrer Verarbeitung** verlangen (Art. 17 und 18 DSGVO). Das Recht auf **Löschung** nach Art. 17 Abs. 1 und 2 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 17 Abs. 3 Buchstabe b DSGVO).

– **Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung**

Erfolgt die Verarbeitung zur Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe (Art. 6 Abs. 1 Unterabsatz 1 Buchstabe e DSGVO), haben Sie das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer Daten **Widerspruch** einzulegen, wenn Sie hierfür Gründe haben, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (Art. 21 Abs. 1 Satz 1 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weitere Einschränkungen, Modifikationen und gegebenenfalls Ausschlüsse der vorgenannten Rechte können sich aus der Datenschutz-Grundverordnung oder nationalen Rechtsvorschriften ergeben.

9. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Ihnen steht weiterhin ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu. Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München

Hausanschrift: Wagnmüllerstr. 18, 80538 München

Telefon: 089/212672-0

Telefax: 089/212672-50

Kontaktformular: <https://www.datenschutz-bayern.de/service/complaint.html>

10. Gegebenenfalls Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Wenn Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Ohne die Angaben Ihrer personenbezogenen Daten kann eine fachlich fundierte Unterstützung, Beratung oder eine Gewährung von Leistungen nicht erfolgen.

Landratsamt Ansbach

Crailsheimstraße 1, 91522 Ansbach